



Landkreis  
Kassel

STADT  KASSEL  
documenta-Stadt

Herrn Staatsminister  
Peter Beuth  
Hessisches Ministerium des Innern  
und für Sport  
Postfach 3167  
65021 Wiesbaden

Landkreis Kassel  
Wilhemshöher Allee 19-21  
34117 Kassel

Stadt Kassel  
Obere Königsstraße 8  
34117 Kassel

Tel.: 0561 1003-1506  
kü/da

Kassel, 4. November 2014

## Bildung einer Region Kassel

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. Juli 2014, mit dem Sie uns über das Ergebnis der von Herrn Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke durchgeführten Befragung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Kassel informieren. Wir begrüßen diese Information, da wir bisher vom Inhalt der Befragung nur über Nachfragen einiger kreisangehöriger Kommunen und durch Presseberichterstattung erfahren haben. Herr Regierungspräsident Dr. Lübcke hatte uns nur im Juni 2013 darüber unterrichtet, dass die Frist für die Beantwortung der Fragen für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bis Ende Dezember 2013 verlängert wurde. Die Fragestellung selbst wurde uns nicht mitgeteilt.

Wie Sie ausführen, haben die befragten Städte und Gemeinden sich nicht zu einem Zusammenschluss von Stadt und Landkreis Kassel bekannt. Diese ablehnende Haltung begrüßen wir sehr, da das Ihnen und auch Ministerpräsidenten Volker Bouffier vorliegende Konzept zur Bildung einer Region Kassel einen solchen Zusammenschluss auch nicht vorsieht. Ihre Zusammenfassung der Haltung der kreisangehörigen Kommunen lässt somit den Schluss zu, dass die Städte und Gemeinden zu etwas befragt worden sind, was nicht geplant ist und auch nicht von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel und dem Kreistag des Landkreises Kassel beschlossen wurde. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ihnen sicherlich auch vorliegenden Schreiben vom Dezember 2010, vom Januar 2011, vom Januar 2013 und vom Mai 2013 sowie auf das Gespräch mit Herrn Ministerpräsidenten Bouffier vom 15. August 2011, in denen wir aus unserer

Sicht verständlich und nachvollziehbar Zweck und Struktur einer Funktionalreform in der Region Kassel dargelegt hatten.

Warum Sie jetzt wieder von einem Zusammenschluss von Stadt und Landkreis Kassel ausgehen, erschließt sich uns nicht. Wir interpretieren Ihr Schreiben deshalb als Ablehnung unserer bisherigen Argumente für die Bildung einer Region Kassel.

Wir bedauern dies sehr, da sowohl die politischen Gremien der Stadt und des Landkreises Kassel, wie auch die beiden Verwaltungen in den letzten Jahren einen nicht unerheblichen Aufwand betrieben haben, um für eine Zustimmung zur Bildung einer Region bei der Hessischen Landesregierung zu werben. Wir hätten es begrüßt, wenn die Hessische Landesregierung spätestens im Gespräch bei Ministerpräsident Bouffier mitgeteilt hätte, dass sie die Bildung einer Region Kassel ablehnt.

Dass im Gegensatz zur StädteRegion Aachen in der Region Kassel noch kein breit angelegter Meinungsbildungsprozess stattgefunden hat, liegt allein an der Hessischen Landesregierung. Wie wir in allen Äußerungen zu dieser Thematik immer wieder betont haben, setzt das von uns verfolgte Konzept zur Bildung einer Region Kassel eine vorherige Abstimmung mit der Landesregierung voraus. Diese Vorgehensweise ist aus unserer Sicht nach wie vor die einzig sinnvolle, da man sowohl die politischen Gremien der kreisangehörigen Kommunen wie der Stadt Kassel und die Bürger in der Region nur über etwas informieren kann, was auch eine Realisierungschance hat. Genauso ist im Übrigen auch die Region Aachen vorgegangen. Dort wurde ein mögliches Gesetz zur Bildung der StädteRegion Aachen zunächst mit dem Innenministerium abgestimmt und erst nachdem klar war, wie die rechtlichen Grundlagen aussehen, eine entsprechende Öffentlichkeitskampagne gestartet.

Nicht mehr hinnehmen können wir Ihren Hinweis auf die nach Ihrer Ansicht „Vielzahl von offenen Fragen“. Wenn es wirklich noch eine Vielzahl von offenen Fragen gäbe, macht der von Ihnen geforderte Meinungsbildungsprozess für die Region Kassel nun wirklich keinen Sinn. Außerdem hilft die Bezugnahme auf den Problemaufriss Ihres Hauses und der des Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom März 2013 nicht weiter. Die dort aufgeführten Fragestellungen hätten in der gemeinsamen Arbeitsgruppe unter Federführung des Zweckverbandes Raum Kassel geklärt werden können – ein inhaltlicher Beitrag seitens des Landes erfolgte hier trotz Teilnahme eines vom Innenministerium benannten Vertreters jedoch nicht.

Außerdem haben wir gegenüber Ministerpräsident Bouffier im Schreiben vom Mai 2013 ausführlich zu den aufgeworfenen Fragen Stellung genommen. An dieser Stelle müssen wir nochmals darauf hinweisen, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppe dem Wunsch von Ministerpräsident Bouffier nach möglichst wenigen Änderungen in kommunalrechtlichen und sonstigen Vorschriften des Landes (insbesondere des Finanzausgleichgesetzes) nachgekommen ist.

Die von Ihrem Haus erstellten Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte heben u.a. darauf ab, dass Kommunen mit defizitärer Haushaltswirtschaft ihre Organisationsstrukturen mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz bei der Aufgabenerfüllung zu überprüfen und ggf. anzupassen haben. Nichts anderes haben wir mit der Bildung der Region Kassel auf der Grundlage von Gutachten der

Universität Kassel über die Möglichkeiten des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) hinaus beabsichtigt.

Ihr Schreiben bestätigt uns in der Auffassung, dass die Bildung einer Region Kassel von der Hessischen Landesregierung nicht gewollt ist. Wir werden die politischen Gremien entsprechend über diesen Schriftverkehr informieren.

Wir können Ihnen versichern, dass wir auch zukünftig die Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Kassel weiterentwickeln werden und stehen Ihnen aufgrund unseres reichen Erfahrungsschatzes mit gemeinsamer Aufgabenerledigung und gemeinsamen getragenen Institutionen gern als Ratgeber zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez .

Uwe Schmidt  
Landrat

gez .

Bertram Hilgen  
Oberbürgermeister